



## Aktuelle Informationen November 2017

An die Bezieher meines Newsletters

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Vorstandssitzung des CSU-Kreisverbandes München 8 hat MdL Joachim Unterländer zur Frage seiner Kandidatur zur Landtagswahl 2018 folgende Erklärung abgegeben:

„Nach einem sehr intensiven Abwägungsprozess habe ich mich (in einer 51 : 49-Entscheidung) entschlossen, bei der Landtagswahl 2018 nicht wieder zu kandidieren.

Die Gründe sind nach fünfmaliger Wahl ausschließlich persönlicher, gesundheitlicher Natur. Eine lebensbedrohliche Erkrankung, die 2014 aufgetreten war und zwar gut behandelt werden konnte, lässt mich zweifeln, ob ich noch einmal eine vollständige Legislaturperiode von fünf Jahren durchstehen könnte.

Ich danke all denjenigen, die mich gebeten haben, auch in der kommenden Legislaturperiode wieder für den Bayerischen Landtag zu kandidieren, für das damit entgegengebrachte persönliche und auch freundschaftliche Vertrauen.

Bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 2018 werde ich die Aufgaben als Abgeordneter des Stimmkreises München-Moosach und als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration sowie entsprechender Arbeitskreisvorsitzender der CSU-Landtagsfraktion mit ganzer Kraft wahrnehmen.

Darüber hinaus werde ich u. a. auch nach 2018 weiterhin als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern versuchen, wesentliche Impulse in die katholische Laienarbeit und damit auch in die Gesellschafts- und Sozialpolitik einzubringen.“

Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr

Joachim Unterländer

München, im November 2017

### Inhalt:

- MdL Joachim Unterländer erneuert Forderung nach Sonntagsschutz S. 2
- MdL Joachim Unterländer unterstützt das Jugendprojekt A.PPlaus S. 3
- MdL Joachim Unterländer spricht beim Diözesanrat der Katholischen Arbeitnehmerbewegung S. 4
- Verkehrsminister MdL Joachim Herrmann bestätigt deutliche Zunahme der Verkehrsbelastung an der A99 S. 4
- MdL Joachim Unterländer beim Fachkongress „Was brauchen Kinder?“ S. 4
- Überlegungen nach der Bundestagswahl S. 7
- MdL Joachim Unterländer bei der Herbstvollversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern S. 9
- MPRESSUM S. 10

## **MdL Joachim Unterländer erneuert Forderung nach Sonntagsschutz**

Anlässlich der Diskussion über das Verhalten der großen Warenhausketten zur Frage des verkaufsoffenen Sonntags hat sich MdL Joachim Unterländer in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Senioren-Union, dem Vorsitzenden der Jungen Union, der Vorsitzenden der Frauen-Union, dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises und dem Vorsitzenden des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU an die Öffentlichkeit gewandt. Die entsprechende Presseerklärung geht besonders auch auf die unzulängliche Situation im Falle der Sonntagsöffnung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien ein.

---

### **"Der Sonntag muss frei bleiben!"**

Die Initiative "Selbstbestimmter Sonntag", an deren Spitze die beiden großen deutschen Warenhausketten Kaufhof und Karstadt stehen, wollen eine breite gesellschaftliche Debatte über die Ladenöffnung an Sonntagen entfachen und im Ergebnis die Freigabe aller Sonntage bundesweit und somit auch für Bayern durchsetzen.

Dieses Vorhaben wird von den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise der CSU scharf kritisiert.

**Dr. Thomas Goppel MdL**, der in der CSU sowohl die Katholiken als auch die Senioren vertritt, hält den Vorstoß für inakzeptabel. "Nach dem Willen der Initiative "Selbstbestimmter Sonntag" sollen die Geschäfte künftig an allen 52 Sonntagen im Jahr öffnen können, auf gut deutsch: müssen. Das ist unzumutbar. Nach dem Grundgesetz gilt bislang: "Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt." Verkaufsoffene Sonntage dürfen nur ausnahmsweise aufgrund eines besonderen Anlasses stattfinden. Bei dieser Regelung muss es auch in Zukunft bleiben - ohne wenn und aber - und im Interesse eines aktiven wie passiven Gemeinschaftstages der Familien und ihrer Ableger in allen Formen. Wenn Umsatz und Langeweile wichtiger werden als Begegnung und Erholung, dann kommt das einer Kapitulation der Gemeinschaftspflege insgesamt gleich. Nein! Der Sonntag als Kommerztag, das pausenlose Klingeln in den Ladenkassen ist ein Verstoß gegen die gesellschaftliche Vereinbarung, mindestens der Nachbarn wegen zur Ruhe zu kommen."

Auch die größte Arbeitsgemeinschaft der CSU, die Junge Union (JU), ist gegen eine Veränderung der bestehenden Rechtslage beim Schutz des Sonntags. Ihr Landesvorsitzender **Hans Reichhart MdL** stellt klar: „Wir halten den Wunsch, den stationären Einzelhandel gegenüber dem Onlinehandel zu stärken, für nachvollziehbar. Aber wir sehen die große Gefahr, dass der freie Sonntag insgesamt in Frage gestellt wird, wenn sich die Initiative durchsetzt. Gerade wir als junge Generation wollen aber bewusst Freiräume für Zeit mit Familien und Freunden erhalten.“

Die Landesvorsitzende der Frauen-Union und stellvertretende Parteivorsitzende der CSU **Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP** erklärt: Viele Frauen arbeiten im Verkauf. Sie würde eine Ladenöffnung an Sonntagen besonders treffen. Verkäuferinnen arbeiten bereits häufig am Abend oder am Samstag, wenn andere Erwerbstätige frei haben. Umso wichtiger ist für sie der freie Sonntag. Verkaufsoffene Sonntage konterkarieren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch für Einzelhändler ist der verkaufsoffene Sonntag ein Problem, insbesondere im Wettbewerb zu den großen Ketten, die leichter variieren können.

Für **Bundesminister Christian Schmidt MdB**, den Vorsitzenden der evangelischen Christen in der CSU, ist der „freie Sonntag eine zentrale Voraussetzung für ihr Familienleben, für die Pflege von Freundschaften und für die Mitwirkung in Kirchen, Sportvereinen oder anderen Gemeinschaften“. So sieht es auch der Vorsitzende der Arbeitnehmer-Union (CSA) **Joachim Unterländer MdL**, der zugleich dem Sozialausschuss im Bayerischen Landtag und dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern vorsteht. „Die Lohnzuschläge, die manche Handelsunternehmen derzeit noch zahlen, können für den Verlust des freien Sonntags nicht dauerhaft entschädigen. Auch Verkäuferinnen und Verkäufer haben ein Recht auf gemeinsame freie Zeit mit den Menschen, die ihnen nahestehen“, so Unterländer. Der Spitzenkandidat der CSA zur Bundestagswahl **Reiner Meier MdB** pflichtet ihm bei. „Es ist klar, dass jeder einen Tag in der Woche zur körperlichen und seelischen Erholung braucht und dieser Tag ist bei uns nun einmal der Sonntag“. Das Argument, der Arbeitnehmer könne ja stattdessen einen anderen Tag freinehmen, will er nicht gelten lassen. „Gerade für Familien ist das eine zusätzliche Belastung. Sie müssten dann darum kämpfen, alle am selben Tag frei zu bekommen. Wie soll das mit Schulkindern funktionieren? Das ist doch absurd!“

Den Sonntag möglicherweise nach und nach zu einem gewöhnlichen Werktag umzugestalten, lehnt auch der Landesvorsitzende des Gesundheits- und Pflegepolitischen Arbeitskreises (GPA) **Dr. med. Christian Alex** strikt ab. „Gerade in der Medizin und bei der Pflege lässt es sich leider oft nicht vermeiden, auch am Sonntag zu arbeiten. Das ist aber kein Grund, den Menschen grundlos ihre Sonntagsruhe zu nehmen“, so Alex. „Es ist für den Organismus wichtig, regelmäßig zu entspannen – idealerweise im Kreise der Familie, mit Freunden und Bekannten oder auch im Vereinsleben. Das ist nur möglich, wenn der Sonntag grundsätzlich freibleibt!“

---

## **MdL Joachim Unterländer unterstützt das Jugendprojekt A.PPLAUS**

Bei einem Grußwort zur Show von A.PPLAUS im Rahmen der sogenannten Herbstferien-Akademie erklärte MdL Joachim Unterländer in einem Grußwort:

„Die Arbeit von A.PPLAUS unter Federführung von Anna Seliger vermittelt Kindern und Jugendlichen Kompetenz im kulturellen und sportlichen Bereich und ist auch für Eltern und erwachsene Gäste eine große Bereicherung. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Ferienakademie sind auch immer viel Erfahrung und ein Lernprozess für die Kinder und Jugendlichen verbunden. Die Arbeit muss auch von den öffentlichen, städtischen und staatlichen Stellen entsprechend unterstützt werden, weil damit auch ein großes Stück an gesellschaftlicher Integration und Inklusion erfolgen kann. Die Eltern dürfen dabei nicht alleine gelassen werden.“

---

## **MdL Joachim Unterländer spricht beim Diözesantag der Katholischen Arbeitnehmerbewegung**

Im Rahmen eines Grußwortes anlässlich des Diözesantags sprach MdL Joachim Unterländer neben dem Dank an den Vorstand und der Versicherung, dass er sich auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern um eine stärkere Einbindung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung bemühen wird, zu folgenden Punkten, die die KAB besonders bewegen würden:

„Wir leben mit drei großen, zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Es sind dies die Flucht- und Migrationsbewegung mit mehr als 60 Mio. Menschen auf der Flucht, die demographische Entwicklung, wo es um einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen, aber vor allen Dingen um eine Vermeidung von Altersarmut in den Rentensystemen geht und die Globalisierung und Digitalisierung (mit den Stichworten Wirtschaft und Arbeit 4.0). Es ist notwendig, die soziale Marktwirtschaft in diesem Zusammenhang und unter starker Berücksichtigung der katholischen Soziallehre weiterzuentwickeln. Dabei sind die Arbeitnehmerschutzrechte in den Bereichen Arbeitszeit und Sonntagsschutz „unverhandelbar“. Darüber hinaus ist es notwendig, dass sich auch die KAB selbst mit diesen Themenbereichen weiter verstärkt befasst.“

## **MdL Joachim Unterländer: Lärmschutz im Bereich Feldmoching und Hasenberg an der A 99 – Verkehrsminister MdL Joachim Herrmann bestätigt deutliche Zunahme der Verkehrsbelastung**

Der Landtagsabgeordnete für den Münchner Norden, MdL Joachim Unterländer, hatte sich mit der Bitte um verbesserte Lärmschutzmaßnahmen an der A 99 im Bereich Feldmoching und Hasenberg an den Verkehrsminister, MdL Joachim Herrmann, gewandt.

Dieser hat nunmehr im Antwortschreiben eine deutliche Verkehrszunahme auf dem Autobahnring in den Bereichen Feldmoching und Hasenberg bestätigt: „Erst vor kurzem wurden die Ergebnisse der bundesweit durchgeführten Straßenverkehrszählung 2015 veröffentlicht. Demnach liegt die Verkehrsbelastung der A 99 westlich des Autobahndreiecks Feldmoching bei ca. 117.500 Kfz/24 h und östlich davon bei ca. 80.600 Kfz/24 h. Die Autobahndirektion Südbayern überprüft derzeit aufgrund von „objektiven Berechnungen“ die Lärmsituation auf der Grundlage der neuen Verkehrszahlen.“

Dazu MdL Joachim Unterländer: „Der Handlungsbedarf ist drastisch gestiegen. Seit der Verkehrszählung sind die Verkehrsbelastungen noch einmal höher geworden. Es ist dringend und möglichst rasch eine erhebliche Verbesserung der Situation notwendig.“

## **MdL Joachim Unterländer beim Fachkongress der CSU-Landtagsfraktion „Was brauchen Kinder“**

Bei einem vollbesetzten Fachkongress der CSU-Landtagsfraktion im Maximilianeum zum Thema „Was brauchen Kinder“ hielt der Vorsitzenden des Fraktionsarbeitskreises für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, MdL Joachim Unterländer, das Einführungsreferat. Er führte dabei u. a. aus:

Die Kinder- und Familienpolitik der CSU-Landtagsfraktion ist einer der sozial- und gesellschaftspolitischen Schwerpunkte und ist vor allen Dingen von folgenden Merkmalen gekennzeichnet:

- Das Wohl der Kinder muss bei allen Entscheidungen im Vordergrund stehen.
- Der Staat hat den Familien nicht hineinzuregieren, wie sie leben wollen. Das Schlagwort von der Hoheit über die Kinderbetten ist ein schreckliches. Für uns ist Wahlfreiheit entscheidend.
- Eine gute Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik und eine zukunftsorientierte Familienpolitik hängen eng miteinander zusammen. Wenn es beispielsweise viele nicht gewollte prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt, dann schadet dies den Familien und ihren Kindern.

Die Familienpolitik der CSU-Landtagsfraktion geht von folgenden Schwerpunkten aus:

1. Die Begleitung und Stärkung der Eltern auch in der Beratung und Eltern- und Familienbildung insbesondere in den Familienstützpunkten ist ein wichtiger Schwerpunkt.
2. Der Ausbau der Kinderbetreuung muss quantitativ wie qualitativ erfolgen. Dabei ist es insbesondere notwendig, dass Angebote für Schulkinder bedarfsgerecht geschaffen werden.

Ich plädiere insbesondere auch für eine gute Zukunft der Horte, die über viel sozialpädagogische Kompetenz und einen familienfreundlicheren zeitlichen Ansatz verfügen. Darüber hinaus wird es in Zukunft auch notwendig sein, das nach Anfangsdiskussionen gut eingespielte Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz im Bereich des Ausbaus und der qualitativen Angebote weiterzuführen.

3. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der vordringlichsten Aufgaben, die Staat, vor allen Dingen Wirtschaft, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen in besonderer Weise betreffen. Hierzu haben wir im sozialpolitischen Ausschuss ein Fachgespräch durchgeführt, und es wird dazu auch weitere Initiativen geben.

Ich möchte aber insbesondere darauf hinweisen, dass gerade der Staat auch als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für die Vereinbarkeit hat. Dieses Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss zu einer Selbstverständlichkeit werden, wie es einst das Umweltbewusstsein geworden ist.

Zu dieser Selbstverständlichkeit gehört auch, dass die Väter auch im familiären Bereich ihren Verpflichtungen nachkommen. Wir werden heute im Podiumsgespräch auch von den Experten und Expertinnen hören, dass Kinder für eine optimale Entwicklung Mütter und Väter brauchen. Dies ist nicht in erster Linie eine gesetzgeberische, sondern eine Bewusstseinsfrage. Hieran gilt es zu arbeiten.

4. Familienfreundlichkeit muss in der Kommunalpolitik noch einen höheren Stellenwert haben. Dies gilt insbesondere für familiengerechtes Wohnen, aber auch für eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitswege. Nur wenn Städte- und Gemeindeplanung in dieser Richtung versuchen, Arbeiten und Leben miteinander zu versöhnen, wird dies auch zugunsten der Familien sein können. Darüber hinaus sind alle kommunalpolitischen Maßnahmen auf ihre Kinderfreundlichkeit hin zu überprüfen.
5. Die finanzielle Entlastung der Familien. Das ist natürlich in der Familienpolitik eine der zentralen Aufgaben. Allein der Freistaat Bayern gibt rund 1 Milliarde Euro für die Familienförde-

rung aus. Die besondere Situation der Alleinerziehenden muss uns sowohl in der Steuer als auch in der Familienpolitik dabei ein besonderes Anliegen sein. Eigentumsförderung im Wohnungsbereich ist besonders familienfreundlich. Deshalb sind hier weitere Entlastungen zur Familienförderung angezeigt.

Erlauben Sie mir, dass ich noch ein besonderes Augenmerk auf die Kindertagesstättenförderung lege. Mir sind dabei besonders vier Punkte wichtig:

1. Die Qualitätssicherung in den Kindertagesstätten ist den Erzieherinnen und den Eltern in gleicher Weise ein besonderes Anliegen. Die Modelle der Qualitätsbegleiter, die die Bayerische Staatsregierung hier geschaffen hat, haben sich sehr bewährt, wie wir unlängst erst bei einem Kongress des Staatsinstituts für Frühpädagogik feststellen konnten. Es ist deshalb notwendig, dieses Angebot flächendeckend im Freistaat Bayern zur Verfügung zu stellen.
2. Für ein optimales Angebot in den Einrichtungen ist die Arbeit mit den Familien und in der Vernetzung mit familiennahen Einrichtungen wie Erziehungsberatungsstellen, Mehrgenerationenhäusern und Eltern-Kind-Initiativen, um nur einige Beispiele zu nennen, besonders förderlich. Es muss deshalb in die Kindertagesstättenförderung der Aspekt der Familien noch stärker einbezogen werden.
3. Wie schon angesprochen, sind die Horte für Schulkinder ein hervorragendes und gleichwertiges Angebot. Sie müssen deshalb in der Förderung auch so gestellt sein, dass sie mit den schulischen Ganztagesangeboten mithalten können und für die Kommunen und vor allen Dingen für die Eltern, aber auch die Träger diese Angebote neben der Errichtung auch in der Betriebskostenförderung bedarfsgerecht von den Kostenträgern unterstützt werden.

Und schließlich

4. Die hervorragende Arbeit in unseren Kindertagesstätten funktioniert in erster Linie aufgrund der hervorragenden Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher. Sie leisten wertvolle Arbeit. Aber es ist leider keine Neuigkeit mehr, wenn wir darauf hinweisen, dass sie in vielen Regionen ein Mangelberuf sind. Und dies kommt auch in erster Linie von einer ausbaufähigen gesellschaftspolitischen Anerkennung, der Verlässlichkeit für ihre Arbeitsbedingungen und den entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen. Aufgrund des Systems bei der sogenannten Basiswertfinanzierung werden die Kostensteigerungen, die sich aus höheren Gehältern ergeben, in der Finanzierung durch Staat und Kommunen mitgetragen. Viel von der Anerkennung, die wir neben dem Dank festzustellen haben, hängt mit der Bezahlung zusammen.

Vor diesem Hintergrund ist erkennbar, dass es einen großen Handlungsbedarf und Gestaltungsspielraum für unsere Kinder im Freistaat Bayern gibt.

---

## Überlegungen nach der Bundestagswahl

Das auch für die CSU unerfreuliche Wahlergebnis erfordert eine gründliche Analyse in der CSU, vor allen Dingen zwischen CDU und CSU und vor den ggf. beginnenden Koalitionsverhandlungen.

Dabei kommt es in erster Linie auf Fragen der politischen Inhalte und des Politikstils sowie eine bessere Wahrnehmung der Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik an.

Eine Nichtwahrnehmung dessen, was sich an Veränderungen ergibt, würde nur die politischen „Ränder“ stärken.

Eine wertgebundene, soziale und verlässliche Politik steht dabei gegenüber Personalfragen im Vordergrund.

Die Ursachen für das Wahlergebnis sind vielfältig. Die Reduzierung auf ein Thema würde der Stimmung und den Bedürfnissen nicht gerecht werden.

Es gibt ein überall zu spürendes Bedürfnis nach Sicherheit, Überschaubarkeit, Gewissheit und Kontrollierbarkeit. Viele Lebensgewissheiten können in Zeiten von Digitalisierung und nötiger Flexibilität nicht mehr in ausreichendem Maße aufrechterhalten werden. Die Sorgen bezüglich eines nicht gewollten und gestaltbaren kulturellen Wandels dominieren die Sorgen vieler Menschen.

Die Art, wie auf Bundesebene Herausforderungen durch Flucht und Migration im Herbst 2015 angegangen wurden, ungeklärte Integrationsfragen, Sicherheitsfragen, eine soziale Spaltung in der Gesellschaft, Altersarmut, Unsicherheit bei Pflegebedürftigkeit, die Probleme gerade von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, zunehmende prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die Entwicklungen von Digitalisierung und Globalisierung, aber auch internationale Unsicherheiten sind dafür Hauptursachen, die von den Menschen unterschiedlich wahrgenommen werden.

Die Fähigkeit in der Politik, komplizierte Sachverhalte zu erklären und zu vermitteln, ist dabei nicht sehr ausgeprägt.

In den weiteren Diskussionen und Beratungen sind deshalb folgende Punkte aus Sicht der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft zu berücksichtigen:

### 1. **Solidaritätszuschlag abschaffen, Steuersystem arbeitnehmer- und mittelstandsfreundlich gestalten**

Der Solidaritätszuschlag ist stufenweise abzuschaffen und das Steuersystem für Arbeitnehmer und den Mittelstand gerechter zu gestalten.

### 2. **Familienfreundlichkeit durch eine Weiterentwicklung der Familienförderung klar erkennbar sicherstellen**

Dabei ist vor allen Dingen für Alleinerziehende und kinderreiche Familien eine deutliche Entlastung anzugehen.

### 3. **Vereinbarkeit von Familie und Beruf (bei Kindererziehung und Pflege) muss nachhaltig verbessert werden**

Dabei sind neue Familienarbeitszeiten, Lebensabschnittspolitik und ein partnerschaftlicher Ansatz in einer konzertierten Aktion von Staat, Wirtschaft, Arbeitnehmern und Gewerkschaften vorwärts zu bringen.

- 4. Arbeitszeiten und Sonntagsschutz sind wegweisend für eine stabile Gesellschaft**  
Gegen eine weitere Aushöhlung des Sonntags ist entschieden vorzugehen. Veränderungen in der Gestaltung der Wochenarbeitszeit dürfen ausschließlich den Tarifvertragsparteien vorbehalten bleiben.
  - 5. Reaktivierung der sozialen Marktwirtschaft in Zeiten der Digitalisierung**  
Veränderungen des Arbeitsrechts müssen gemeinsam von Politik, Arbeitnehmern und Arbeitgebern gestaltet werden. Entscheidend ist dabei eine stärkere **Tarifbindung** durch Weiterentwicklungen des Tarifrechts, Tariftreue und die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Es muss wieder eine ergebnisorientierte Diskussion über eine **Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen** gestartet werden. Dazu gehört auch eine zusätzliche nationale Anstrengung für eine **schnelle flächendeckende Breitbandverbindung**.
  - 6. Pflege hat politischen Vorrang**  
Die finanziellen Bedingungen für Pflegekräfte sowie die Attraktivität der Arbeitsbedingungen, die tatsächliche Verbesserung der Ausbildung, eine echte Mitbestimmung der Pflegenden in der Pflegepolitik, die Situation der pflegenden Angehörigen und insgesamt eine nationale Aufgabe „**Stärkung der Pflege**“ stehen hierbei im Vordergrund.
  - 7. Soziale Gerechtigkeit gilt auch für die Rentenpolitik**  
Bekämpfung der Altersarmut durch eine Stabilisierung des Rentenniveaus, eine zuschlagsorientierte Grundsicherung, der geforderte weitere Ausbau der Mütterrente und Alternativen zum maroden unsozialen „Riester-System“ stehen hier im Vordergrund.
  - 8. Wohnungspolitik hat wieder Priorität**  
Verbesserte Eigentumsförderung für Familien, eine neue Genossenschaftsinitiative, neue und moderne Formen des Werkwohnungsbaus sowie eine generelle Aufstockung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus unter Einbeziehung der Sozialraumgestaltung haben dabei Priorität.
  - 9. Fachkräftebedarf und Zuwanderungssystem aufeinander abstimmen**  
Zuwanderungsbegrenzung und Fachkräftebedarf müssen klar erkennbar und rechtlich nachvollziehbar aufeinander abgestimmt werden. Daraus dürfen sich aber keine neuen Anreizwirkungen entwickeln.
  - 10. Integration muss gelingen, leistbar und gesellschaftlich akzeptabel sein**  
Sprache, Akzeptanz der Kultur, berufliche und familiäre Entwicklungen müssen dabei die Weiterentwicklung der Integrationskonzepte bestimmen.
-



## **MdL Joachim Unterländer bei der Herbstvollversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern**

Bei der ersten Vollversammlung des Landeskomitees der Katholiken in Bayern seit seiner Wahl zum Vorsitzenden in München hat MdL Joachim Unterländer gefordert, dass die zunehmenden Unsicherheiten, Umbrüche und Veränderungen, die immer mehr Menschen beunruhigen, im gesellschaftspolitischen Leben stärker aufgegriffen werden müssen.

Dazu MdL Joachim Unterländer:

„Die Menschen brauchen gerade durch kirchliche, aber auch politische Arbeit bei den drei größten gesellschaftlichen Herausforderungen Antworten und den Dialog. Es sind dies

- die Flucht- und Flüchtlingsbewegung mit mehr als 60 Mio. Menschen auf der Flucht,
- die erheblichen Veränderungen, die sich im Arbeits- und Alltagsleben durch die Digitalisierung und Globalisierung ergeben (im Dialogprozess Wirtschaft und Arbeit 4.0),
- die demographische Entwicklung, die uns nicht nur in der Vermeidung von Altersarmut zu neuen Herausforderungen führt.“

Unterländer sprach sich im kirchlichen Bereich aus für

- eine ernsthafte Diskussion über den Diakonat der Frauen,
  - eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft mit den Grundlagen der katholischen Soziallehre unter Globalisierungs- und Digitalisierungsgesichtspunkten und
  - eine offensive Umsetzung von Amoris Laetitia auch gerade im Hinblick auf die Situation der Familien und der wiederverheirateten Geschiedenen.
-

## Aktuelle Bürgersprechstunde

*Joachim Unterländer, der CSU-Landtagsabgeordnete im Münchner Norden und Nordwesten, legt großen Wert auf den persönlichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis. Während der Bürgersprechstunden nimmt er sich Zeit für alle Anliegen.*

Die nächsten Bürgersprechstunden finden statt am:



**Freitag, 01. Dezember 2017 von 16:00 bis 17:00 Uhr**

**Freitag, 15. Dezember 2017 von 16:00 bis 17:00 Uhr**

**im CSU-Bürgerbüro München-Nord, Joseph-Seifried-Str. 8**

**(am Lerchenauer See, S-Bahn-Linie 1).**

Eine telefonische Voranmeldung empfiehlt sich. Selbstverständlich können interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen ihre Anliegen auch per Telefon unter 089/1 50 70 49 oder per Email an [unterlaender.buergerbuero@gmail.com](mailto:unterlaender.buergerbuero@gmail.com) einbringen.

---

### IMPRESSUM:

Herausgeber/Verantwortlich:

Joachim Unterländer MdL

Joseph-Seifried-Str. 8

80995 München

[unterlaender.buergerbuero@gmail.com](mailto:unterlaender.buergerbuero@gmail.com)

[muenchen8@kv.csu.de](mailto:muenchen8@kv.csu.de)

<http://www.csu-landtag.de/www/96.asp>